

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 14. März 1990

am Donnerstag, dem 15. März 1990

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Amling (SPD)	13	Jäger (CDU/CSU)	33, 34
Antretter (SPD)	9, 10	Kirschner (SPD)	20
Frau Beer (DIE GRÜNEN)	51, 52	Dr. Kübler (SPD)	12, 48
Frau Blunck (SPD)	66	Lenzer (CDU/CSU)	23, 24
Büchner (Speyer) (SPD)	11	Dr. Lippelt (Hannover) (DIE GRÜNEN)	62, 63
Frau Bulmahn (SPD)	43, 57	Lüder (FDP)	1, 44
Conradi (SPD)	58	Maaß (CDU/CSU)	25, 26
Dr. Daniels (Regensburg) (DIE GRÜNEN)	17, 64	Magin (CDU/CSU)	21, 22
Duve (SPD)	53, 54	Dr. Mahlo (CDU/CSU)	35, 36
Eigen (CDU/CSU)	67, 68	Porzner (SPD)	14, 15
Dr. Emmerlich (SPD)	55, 56	Reschke (SPD)	18, 19
Engelsberger (CDU/CSU)	27, 28	Dr. Rüttgers (CDU/CSU)	39, 40
Gansel (SPD)	47, 65	Seesing (CDU/CSU)	37, 38
Gerstein (CDU/CSU)	41, 42	Dr. Sperling (SPD)	60, 61
Gerster (Worms) (SPD)	16, 49	Stahl (Kempen) (SPD)	7, 8
Dr. Götz (CDU/CSU)	31, 32	Stiegler (SPD)	2, 59
Grünbeck (FDP)	3	Dr. Voigt (Northeim) (CDU/CSU)	29, 30
Hiller (Lübeck) (SPD)	5, 6	Frau Wollny (DIE GRÜNEN)	45, 46
Hinsken (CDU/CSU)	4	Wüppesahl (fraktionslos)	69, 70
Graf Huyn (CDU/CSU)	50		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen . . .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung . . .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Post und Telekommunikation	4
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	4
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie . . .	7
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	10
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	11
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	12
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	13
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	14

**Geschäftsbereich des Bundesministers
für innerdeutsche Beziehungen**

1. Abgeordneter
Lüder
(FDP) Mit welchen europäischen Staaten hat die DDR nach Kenntnis der Bundesregierung seit dem 9. November 1989 Visafreiheit vereinbart?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit
und Sozialordnung**

2. Abgeordneter
Stiegler
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Situation bei den Pflegeberufen, und was wird sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten unternehmen, um die Pflegeberufe attraktiver zu machen?
3. Abgeordneter
Grünbeck
(FDP) Wie hoch sind nach Kenntnis der Bundesregierung die von bundesdeutschen Arbeitgebern über die gesetzlichen und tarifvertraglich vereinbarten Leistungen hinaus an ihre Mitarbeiter gezahlten freiwilligen Leistungen zu beziffern, und wie war die Entwicklung dieser Leistungen in den vergangenen Jahren?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

4. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung Expertenaussagen, daß eine zunehmende Überalterung des Verkehrsschilderbestandes und die damit verbundene nachlassende Reflexion bei Dunkelheit, insbesondere im Zusammenhang mit der Änderung der Altersstruktur der Autofahrer (Nachlassen der Sehleistung), ein ernsthaftes Problem darstellen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

5. Abgeordneter
Hiller
(Lübeck)
(SPD) Wie steht die Bundesregierung zu den Bemühungen in der DDR, die Mülltransporte in die DDR so schnell wie möglich, aber in jedem Fall noch in diesem Jahr zu beenden?
6. Abgeordneter
Hiller
(Lübeck)
(SPD) Welche Abfall-Konzeption hat die Bundesregierung für den Fall, daß die DDR keine Mülltransporte aus der Bundesrepublik Deutschland in die DDR mehr zuläßt, und in welcher Weise ist die Bundesregierung gegenüber den Ländern vorstellig geworden?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Post
und Telekommunikation**

7. Abgeordneter
Stahl
(Kempen)
(SPD) Welche tatsächlichen und nachweisbaren technischen Notwendigkeiten bestehen nach Ansicht der Bundesregierung für die Einführung der DIN V VDE 0855, und trifft es zu, daß auf Grund meßtechnischer Probleme ihre Einführung verzögert wird?
8. Abgeordneter
Stahl
(Kempen)
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Einführung dieser Vorschrift vor dem Hintergrund der von ihr gewünschten und geförderten Liberalisierung, und sieht die Bundesregierung in diesem Zusammenhang Nachteile für mittelständische sowie Kataloganbieter von Satellitenempfangseinrichtungen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

9. Abgeordneter
Antretter
(SPD) Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß diejenigen Personen, die wegen der Blockade von Pershing II-Raketenstützpunkten angeklagt sind, angesichts der Entwicklung in Osteuropa auch auf sicherheitspolitischem Gebiet noch weiterhin strafrechtlich verfolgt werden sollen?

10. Abgeordneter
Antretter
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, ein Amnestiegesetz in das Gesetzgebungsverfahren einzubringen, um die Folgen bereits ausgesprochener Verurteilungen wegen Blockade eines Raketenstützpunktes zu beseitigen und die weitere strafrechtliche Verfolgung von noch nicht rechtskräftig verurteilten Personen zu beenden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

11. Abgeordneter
Büchner
(SPD)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, den Verteidigungshaushalt um 15% zu kürzen, und wird die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag noch in diesem Jahr diesbezügliche Vorschläge unterbreiten?
12. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD)
- Wurden in früheren Jahren chemische Waffen auch in anderen Depots in der Bundesrepublik Deutschland als in Clausen bei Pirmasens gelagert, und wurden die alten Chemiewaffendepots vollständig geräumt oder befinden sich dort noch nicht mehr transportierbare Rückstände?
13. Abgeordneter
Amling
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß die mit dem Erlaß des Bundesministeriums der Verteidigung vom 12. Dezember 1989 wiedereingeführte „Dritte-Söhne-Regelung“ dahin gehend zu verändern ist, daß dritte oder weitere Söhne auch dann vom Grundwehrdienst freizustellen sind, wenn zuvor bereits ältere Brüder wegen einer langjährigen Verpflichtung bei einer vom Gesetzgeber mit dem Wehrdienst als gleichrangig angesehenen Institution keinen Wehr- oder Zivildienst geleistet haben?
14. Abgeordneter
Porzner
(SPD)
- Treffen Berichte in den Nürnberger Nachrichten vom 7. März 1990 zu, daß die US-Armee beabsichtigt, nach den bayerischen Kommunalwahlen am 18. März 1990 das UH-1-Helikopter Bataillon zusätzlich zu den bereits stationierten Apache-Hubschraubern wieder zu stationieren, und ist die Bundesregierung der Meinung, daß die über große Konzentration von Truppen und militärischen Einrichtungen in Ansbach dadurch noch zusätzlich verstärkt werden muß?

15. Abgeordneter
Porzner
(SPD)
- Darf ein General der US-Armee durch bewußte Zurückstellung von Informationen über die geplante Stationierung eines zusätzlichen Bataillons von Kampfhubschraubern Einfluß auf die Kommunalwahl nehmen, und was wird die Bundesregierung dagegen unternehmen?
16. Abgeordneter
Gerster
(Worms)
(SPD)
- Wird die Bundesregierung die Öffentlichkeit künftig generell über die Vorkehrungen gegen Gefahren durch Lagerung und Transport von Waffen so umfassend informieren wie bei dem geplanten Abzug chemischer Waffen aus der Pfalz?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit

17. Abgeordneter
Dr. Daniels
(Regensburg)
(DIE GRÜNEN)
- Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um den Verkauf des gesundheitsgefährdenden chemischen Abfallproduktes Pentadichlorbenzol als Mottenpulver einzuschränken, insbesondere da Umweltbundesamt und das Bundesgesundheitsamt beide vor diesem Stoff schon vor Jahren gewarnt haben und mit Isoborneol ein unschädliches Substitut vorliegt, und wie beurteilt die Bundesregierung die Entsorgung von Pentadichlorbenzol-Mottenkugeln im Haushaltsmüll, da entsprechende Packungen nicht als gesundheitsschädlich bzw. als Sondermüll gekennzeichnet sind?
18. Abgeordneter
Reschke
(SPD)
- Besteht für angehende Ärzte aus der Bundesrepublik Deutschland die Möglichkeit, in der DDR eine Stelle als „Arzt im Praktikum“ anzutreten, um dort die Lücken der medizinischen Versorgung zu schließen?
19. Abgeordneter
Reschke
(SPD)
- Welche Möglichkeiten bestehen, daß die Kosten der Ärzte/Ärztinnen im Praktikum in der DDR seitens der Bundesrepublik Deutschland von den Kostenträgern oder anderen Institutionen, Verbände etc., übernommen werden?
20. Abgeordneter
Kirschner
(SPD)
- Unterstützt die Bundesregierung die Aktion „Deutschlands Zahnärzte arbeiten Hand in Hand – Zahnärzte für Zahnärzte – Das ist aktive DDR-Hilfe“ des Vereins für Ärzte- und Zahnärzte – Partnerschaft e. V., mit der dafür geworben wird, daß bundesdeutsche Zahnärzte als Kommanditisten an der Privatärztlichen-Privat-Poliklinik-

Fördergesellschaft mit Sitz in Stuttgart Anteile in Höhe von 25 000 DM zeichnen können und daß dafür von der Kommanditgesellschaft über zehn Jahre Laufzeit 5,8% oder 10% des Umsatzes der Poliklinik als Rendite in Aussicht gestellt wird, und wenn ja, wie läßt sich diese Unterstützung damit vereinbaren, daß die Aktion einen rein kommerziellen Charakter hat und mit dem ethischen Auftrag des Arztes zum Helfen und Heilen nicht vereinbar ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

21. Abgeordneter
Magin
(CDU/CSU)
- Mit welchem Aufwand werden Verkehrsleitsysteme derzeit vom Bundesministerium für Forschung und Technologie gefördert, und welches System scheint am geeignetsten, um einen Beitrag zum Umweltschutz im allgemeinen und zur Entlastung der Innenstädte, aber auch der Kraftfahrer zu leisten?
22. Abgeordneter
Magin
(CDU/CSU)
- Welche Möglichkeiten sieht das Bundesministerium für Forschung und Technologie, bereits in Betrieb befindliche Automobile auf andere Antriebe (Wasserstoffantrieb, Elektroantrieb) umzurüsten, und wie ist der Aufwand abzuschätzen?
23. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU)
- Welche Möglichkeiten sieht das Bundesministerium für Forschung und Technologie, wasserstoffgetriebene Fahrzeuge in größerem Umfang – z. B. für ein begrenztes Gebiet – im Rahmen einer Pilotphase mit größerer Anzahl einzusetzen, und welche infrastrukturellen Voraussetzungen müssen dazu geschaffen werden?
24. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU)
- Welche Möglichkeiten sieht das Bundesministerium für Forschung und Technologie, in Zusammenarbeit mit der Energiewirtschaft ein wasserstoffversorgtes Kraftverkehrssystem zu schaffen?
25. Abgeordneter
Maaß
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt das Bundesministerium für Forschung und Technologie zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Wirtschaftlichkeit eines wasserstoffversorgten Verkehrssystems, und welche Voraussetzungen müssen erfüllt werden, um zu einer verbesserten Wirtschaftlichkeit zu gelangen?

26. Abgeordneter
Maaß
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt das Bundesministerium für Forschung und Technologie die Möglichkeit der Nutzung von Betriebsstoffen aus nachwachsenden Rohstoffen (z. B. Rapsöl) für Automobilantriebe, und wie ist der Stand der Technik auch hinsichtlich der Schaffung einer entsprechenden Infrastruktur einzuschätzen?
27. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU)
- Welche Erfahrungen liegen nach Erkenntnissen des Bundesministeriums für Forschung und Technologie bisher in anderen Ländern mit alternativen Automobilantrieben und -kraftstoffen vor?
28. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU)
- Welche Erfahrungen liegen nach Erkenntnissen des Bundesministeriums für Forschung und Technologie mit der dazu notwendigen Infrastruktur im Hinblick auf Kosten- und Umweltfreundlichkeit vor?
29. Abgeordneter
Dr. Voigt
(**Northeim**)
(CDU/CSU)
- Welche Möglichkeiten sieht das Bundesministerium für Forschung und Technologie, in der DDR Pilotprojekte zur Erprobung und Durchsetzung alternativer Automobilantriebe und -kraftstoffe durchzuführen?
30. Abgeordneter
Dr. Voigt
(**Northeim**)
(CDU/CSU)
- Welche Möglichkeiten sieht das Bundesministerium für Forschung und Technologie in diesem Zusammenhang, die zahlreichen „Trabis“ mit solchen alternativen Automobilantrieben umzurüsten?
31. Abgeordneter
Dr. Götz
(CDU/CSU)
- Welche Forschungen werden nach Erkenntnissen des Bundesministeriums für Forschung und Technologie auf dem Gebiet der alternativen Automobilantriebe in anderen Ländern und mit welchen Schwerpunkten durchgeführt?
32. Abgeordneter
Dr. Götz
(CDU/CSU)
- Welche Länder geben nach Erkenntnissen des Bundesministeriums für Forschung und Technologie die meisten Forschungsmittel für die Erforschung alternativer Automobilantriebe aus?
33. Abgeordneter
Jäger
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen hat das Bundesministerium für Forschung und Technologie ergriffen, um Forschungen auf dem Gebiet der alternativen Automobilantriebe und Verkehrsleitsysteme im europäischen Verbund durchzuführen?
34. Abgeordneter
Jäger
(CDU/CSU)
- In welchem Umfange beteiligt sich die europäische Automobil- und Energiewirtschaft an Forschungen auf dem Gebiet der alternativen Automobilantriebe und des Umweltschutzes im Verkehrsbereich?
35. Abgeordneter
Dr. Mahlo
(CDU/CSU)
- Welche Erkenntnisse liegen dem Bundesministerium für Forschung und Technologie hinsichtlich der Brauchbarkeit von Verkehrsleitsystemen in Großstädten und in ländlichen Gebieten vor?

36. Abgeordneter
Dr. Mahlo
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen gedenkt das Bundesministerium für Forschung und Technologie im Hinblick auf Normen und Standards im Zusammenhang mit der Durchführung geeigneter Pilotprojekte zu ergreifen?
37. Abgeordneter
Seesing
(CDU/CSU)
- Welche Möglichkeiten sieht das Bundesministerium für Forschung und Technologie, durch biologische Verfahren und eventuelle gentechnisch veränderte Pflanzen und Kleinlebewesen nachwachsende Kraftstoffe für Automobile zu erzeugen?
38. Abgeordneter
Seesing
(CDU/CSU)
- Welchen Stand hat nach Erkenntnissen des Bundesministeriums für Forschung und Technologie die biologische Wasserstoffherzeugung, und wie ist deren Wirtschaftlichkeit für die Zukunft einzuschätzen?
39. Abgeordneter
Dr. Rüttgers
(CDU/CSU)
- Welche Möglichkeiten sieht das Bundesministerium für Forschung und Technologie, das nun entschiedene Mobilfunksystem gleichzeitig als Verkehrsleitsystem so einzusetzen, daß eine Entlastung der Straßen und der Umwelt möglich wird?
40. Abgeordneter
Dr. Rüttgers
(CDU/CSU)
- Welche Möglichkeiten sieht das Bundesministerium für Forschung und Technologie hinsichtlich der Verbesserung der Koordinierung des Individualverkehrs mit der Deutschen Bundesbahn und dem öffentlichen Personennahverkehr, und welche Forschungsergebnisse liegen dazu bereits vor?
41. Abgeordneter
Gerstein
(CDU/CSU)
- Mit Hilfe welcher Energieträger könnte nach Auffassung des Bundesministeriums für Forschung und Technologie in größerem Umfange der zur Versorgung eines Kraftverkehrssystems benötigte Wasserstoff hergestellt werden, und welchen Beitrag könnten dazu Kohle, Kernenergie und erneuerbare Energiequellen leisten?
42. Abgeordneter
Gerstein
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt das Bundesministerium für Forschung und Technologie den technischen Stand der Nutzung von Elektroantrieben für Automobile, und welche Möglichkeiten ergeben sich nach seiner Meinung für die breitere Anwendung dieser Antriebstechnik (möglicherweise auch in Kombination mit anderen Antrieben – Hybritantrieb –) in der nächsten Zeit?
43. Abgeordnete
Frau Bulmahn
(SPD)
- Wen hat das Bundesministerium für Forschung und Technologie am 12. Februar 1990 zu einer Anhörung über den Gesetzentwurf zur Regelung von Fragen der Gentechnik der Bundesregierung eingeladen, obgleich die Federführung für diesen Gesetzentwurf beim Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit liegt, und welche Ergebnisse hatte diese Anhörung?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

44. Abgeordneter
Lüder
(FDP)
- Wie weit sind jetzt die Konsultationen mit den europäischen Partnern zur Herstellung von Reisefreiheit durch Abschaffung der Visapflicht mit Ungarn gediehen?
45. Abgeordnete
Frau Wollny
(DIE GRÜNEN)
- In welcher Form hat der Gesandte der deutschen Botschaft in Teheran, dem die Aufgabe eines ständigen Berichterstatters für Menschenrechte im Iran übertragen wurde (siehe die Ausführungen von Staatsminister Schäfer in der Fragestunde des Deutschen Bundestages, Plenarprotokoll 11/127, S. 9324), der Bundesregierung Bericht erstattet (vgl. Entschließungsantrag, Drucksache 11/3660, angenommen am 9. Dezember 1988)?
46. Abgeordnete
Frau Wollny
(DIE GRÜNEN)
- Ist dem ständigen Berichterstatter für Menschenrechte im Iran bekannt, daß die Situation vieler Frauen im Evin Gefängnis, die schon seit sieben bzw. acht Jahren dort inhaftiert sind, sich nicht im geringsten verbessert hat, was bedeutet, daß bei ständig angedrohter bevorstehender Hinrichtung weder Anklage erhoben wird, noch ein Prozeß in Aussicht gestellt wird?
47. Abgeordneter
Gansel
(SPD)
- Welche Maßnahmen unternimmt die Bundesregierung im Rahmen ihrer internationalen Beziehungen und ihrer bilateralen Beziehungen zu Libyen, um daran mitzuwirken, daß unter Beachtung des Völkerrechts und auf friedliche Weise sichergestellt wird, daß in Libyen nicht mit der Produktion von Giftgas und Mittelstreckenraketen begonnen wird?
48. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, eine verbindliche Erklärung abzugeben, daß die neue Generation der Chemiewaffen, die sogenannten binären C-Waffen niemals auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland stationiert werden, und wird sie sich dafür einsetzen, daß die USA ihre C-Waffen-Produktion nicht fortführt?
49. Abgeordneter
Gerster
(Worms)
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, mit der US-Regierung eine neue Vereinbarung zu treffen, die eine Wiederstationierung von amerikanischen C-Waffen auf deutschem Boden auch im Spannungs- und Verteidigungsfall ausschließt?

50. Abgeordneter
Graf Huyn
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung angesichts der sich mehrenden Anzeichen, daß das sandinistische Regime in Nicaragua nicht zu einer ordnungsgemäßen Machtübergabe an Präsidentin Chamorro bereit ist und möglicherweise sogar einen Bürgerkrieg provoziert, gegebenenfalls gemeinsam mit den anderen Mitgliedern der Europäischen Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten von Amerika bereit, auf eine ordnungsgemäße Machtübertragung hinzuwirken?
51. Abgeordnete
Frau Beer
(DIE GRÜNEN)
- Ist die Bundesregierung der Meinung, daß die von der Staatsanwaltschaft Kiel festgestellte erhebliche Störung der Auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland durch das Südafrika-U-Boot-Geschäft von HDW und IKL durch eine Resolution der Vollversammlung der Vereinten Nationen hervorgerufen wurde, dessen Mitgliedstaaten nach sorgfältiger Abwägung der Faktenlage in ihrer übergroßen Mehrheit am 22. November 1989 einen Bruch des UNO-Embargos durch das genannte Geschäft konstatierten und eine Aufforderung an die Bundesregierung richteten, die am U-Boot-Geschäft beteiligten Firmen gerichtlich verfolgen zu lassen?
52. Abgeordnete
Frau Beer
(DIE GRÜNEN)
- Ist die Bundesregierung der Meinung, daß die 116 Staaten, die den genannten Resolutionen zugestimmt haben, bei ihrer Entscheidungsfindung durch Dritte manipuliert worden sind?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

53. Abgeordneter
Duve
(SPD)
- Auf welcher Informationsgrundlage beruhte die Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Spranger auf meine Frage vom 8. November 1989 (Drucksache 11/5528), in der festgestellt wird, daß zwar ein Beamter der BGS-Ausbildungsabteilung in Lübeck Mitglied im Bundesvorstand der Partei „Die Republikaner“ und stellvertretender Landesvorsitzender in Schleswig-Holstein ist, dieser aber „gegenwärtig weder als Ausbilder noch als Lehrer“ tätig sei, obwohl zu diesem Zeitpunkt sehr wohl bekannt sein mußte, daß dieser Beamte auf Grund seines Ranges als Stellvertreter der Hundertschaftsführer als Fachlehrer für Staats- und Verfassungsrecht arbeitete (und dies auch weiterhin noch tut)?
54. Abgeordneter
Duve
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, daß ein Beamter dieser BGS-Ausbildungsabteilung dort in der politischen Bildung sehr junger BGS-Angehöriger eingesetzt wird, obwohl er wichtige Ämter in der Partei „Die Republikaner“ innehat, und wer ist für diese Entscheidung verantwortlich?

55. Abgeordneter
Dr. Emmerlich
(SPD)
- Trifft der Bericht im „SPIEGEL“ vom 5. März 1990 S. 106 ff., zu, daß die Staatsanwaltschaft Bremen in einem strafrechtlichen Ermittlungsverfahren vom Bundeskriminalamt getäuscht worden ist, infolgedessen der Verbringung von 50 kg Kokain aus Südamerika in ein Schließfach in Bremerhaven zugestimmt, einen Unschuldigen strafrechtlich verfolgt und Strafanzeige gegen Angehörige des BKA erstattet hat?
56. Abgeordneter
Dr. Emmerlich
(SPD)
- Ist ferner zutreffend, daß ein Mitarbeiter des BKA drei Personen zum Verkauf des Kokains, das sich von Anfang an im Gewahrsam der Ermittlungsbehörden befunden habe, in der Bundesrepublik Deutschland angestiftet hat?
57. Abgeordnete
**Frau
Bulmahn**
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Präsidentin des Bundesinstituts für Bevölkerungswissenschaft, es handele sich bei der von dem Institut vorgelegten Bibliographie bevölkerungswissenschaftlicher Aufsätze für die Jahre 1900 bis 1945 „um ein dankenswertes Werk“, in Anbetracht der Tatsache, daß es darin u. a. heißt, die Zielsetzung der „Volksgesundung“ durch Ausschaltung „minderwertigen“ und gezielte Förderung „höherwertigen Erbgutes“ habe „mit der Gründung der Gesellschaft für Rassen- und Gesellschaftshygiene eine solide wissenschaftliche Basis“ erhalten, oder das Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie sei „ein anerkanntes wissenschaftliches Forum zu Fragen der Erb- und Rassenhygiene“ gewesen und die „Bevölkerungswissenschaft blieb auch zwischen 1933 und 1945 eine ernst zu nehmende Wissenschaft“, und was beabsichtigt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang zu unternehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

58. Abgeordneter
Conradi
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß ihre Billigkeitsmaßnahmen bei der Umsatzbesteuerung von Geldspielgeräten sich dirigistisch und wettbewerbsverfälschend auswirken und einer millionenschweren Subvention gleichkommen, die die Spielhallenflut begünstigt und die Spielhallenbetreiber zu wirtschaftlich stärkeren Konkurrenten gemacht hat, die alteingesessene Geschäfte aus den Innenstädten vertreiben?
59. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Wie sieht die derzeitige Stellensituation der Bundeszollverwaltung aus, und welche durchschnittliche Zeitspanne liegt zwischen den Beförderungen jeweils im einfachen, mittleren und gehobenen Dienst der Bundeszollverwaltung?

60. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, noch in dieser Legislaturperiode eine Novelle zum Bausparkasengesetz vorzulegen, und was sind die inhaltlichen Schwerpunkte der vorgesehenen Änderungen?
61. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, rechtliche Vorschriften zu ändern, die die Tätigkeit von Bausparkassen in der DDR behindern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

62. Abgeordneter
Dr. Lippelt
(Hannover)
(DIE GRÜNEN)
- Wie rechtfertigt die Bundesregierung die Ausweitung des Bürgschaftsrahmens für den Iran um eine globale Bürgschaft von 500 Millionen DM mit einer Laufzeit von bis zu fünf Jahren (zusätzlich zu den Garantien von 20 Millionen DM pro Einzelprojekt) angesichts der fortlaufenden Menschenrechtsverletzungen durch die iranische Regierung?
63. Abgeordneter
Dr. Lippelt
(Hannover)
(DIE GRÜNEN)
- Für wie viele und für welche Projekte bestehen derzeit Bürgschaften?
64. Abgeordneter
Dr. Daniels
(Regensburg)
(DIE GRÜNEN)
- In welchem Umfang werden bundesrepublikanische Firmen an dem Bau eines pakistanischen Atomkraftwerkes nach heutigem Kenntnisstand vermutlich beteiligt werden, und wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die geplanten Verträge zwischen Frankreich bzw. der UdSSR mit Pakistan zur Lieferung eines Atomkraftwerkes?
65. Abgeordneter
Gansel
(SPD)
- In welcher Weise haben sich der Bundeskanzler, der Bundesminister des Auswärtigen und der Bundesminister für Wirtschaft dafür eingesetzt, daß es tatsächlich zu dem strafrechtlichen Verbot der Beteiligung Deutscher an der Herstellung und Entwicklung von ABC-Waffen im Ausland kommt, das nach der Ankündigung der Bundesregierung ursprünglich Ende letzten Jahres in Kraft treten sollte?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

66. Abgeordnete
**Frau
Blunck**
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Forderung der Europäischen Verbraucherorganisation, das Pestizid Alar mit dem Wirkstoff Daminozid EG-weit sofort zu verbieten, da krebserregende Abbauprodukte in gekochten Äpfeln, Apfelsaft und Babynahrung in Frankreich, Großbritannien und den USA gefunden wurden, und sind in der Bundesrepublik Deutschland Apfelprodukte auf Rückstände von Daminozid mit welchen Ergebnissen untersucht worden?
67. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU)
- Welche Haltung wird die Bundesregierung im Ministerrat der Europäischen Kommission einnehmen, wenn es darum geht, die Importmengen an Rindfleisch in die Europäische Gemeinschaft festzusetzen angesichts der Tatsache, daß es in der Kommission Kräfte geben soll, die anstatt die Importe – was vernünftig wäre – zu vermindern diese erhöhen wollen, und zwar auf Kosten der Bauern und Steuerzahler?
68. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung einen Flächenzuschuß von 311 DM/ha für Getreidebetriebe für fünf Jahre für möglich auf Grund von EG-Richtlinien, wie sie Minister Braks in Holland angeboten hat?
69. Abgeordneter
Wüppesahl
(fraktionslos)
- In welcher Form und mit welchen Mitteln will sich die Bundesregierung dafür einsetzen, die in der Bundesrepublik Deutschland schon bewährten Gütesiegel (Bioland, demeter, Naturland, Bio-kreis Oberbayern und ANOG), die sich jetzt unter dem gemeinsamen Gütezeichen „AGÖL“ (Arbeitsgemeinschaft ökologischer Landbau) zusammengeschlossen haben, auch auf europäischer Ebene zu übernehmen bzw. die dort vorhandenen Verbände an den Qualitätsanforderungen der AGÖL zu messen, damit der Verbraucher einen Überblick über wirklich ökologisch produzierte Produkte behält bzw. bekommt?
70. Abgeordneter
Wüppesahl
(fraktionslos)
- Wie will die Bundesregierung verhindern, daß Produkte, die nicht aus den von den Verbänden anerkannten Anbaubetrieben auf den Markt drängen, als „ökologische“ verkauft werden und sich damit ein riesiger Graumarkt solcher Produkte auf tut?

Bonn, den 9. März 1990

